

mehr den DDR-Ideologen an, die bald genug feststellen werden, dass für sie neben dem wiedererstandenen Mini-Napoleon auf dem Kommandostand der Partei kein Platz mehr bleibt. Gysis säuerliche Miene zeigt an, dass er – der beste Kopf der »Linken«, zu geschweige, um sich selber zu glauben – wahrzunehmen beginnt, wo Bartel den Most holt.

Oder den Jahrgangs-Bordeaux (denn Oskar weiß, das bestreitet keiner, was ein gutes Tropfen ist). In seinen Erinnerun-

gen hielt er fest, dass er dem todkranken Willy Brandt eine Kiste Rotwein schickte: just das, wonach einem Menschen verlangt, der weiß, dass er zum Sterben verurteilt ist. Die Taktlosigkeit stimmt mit der Verlogenheit des Großpopulisten überein, den W.B. schon seit langen Jahren ohne Illusionen betrachtet hatte (so weit er ihn noch zur Kenntnis nahm): Lafontaine weiß es. Er hat nur verlernt, sich zu schämen. Die Erklärung seiner Unverschämtheit.

Roby Nathanson

Von Oslo über Camp David nach Annapolis

Neue Hoffnung für den Nahen Osten?

Ende November fand im us-amerikanischen Annapolis eine israelisch-palästinensische Konferenz statt. Unser Autor erinnert gleichsam als Nachtrag an bislang vergebliche Friedensbemühungen und formuliert vier zentrale Parameter für ein *Memorandum of Understanding*.

Die Israelis glaubten nach dem *Sechs-Tage-Krieg* im Juni 1967, die Zeit würde für sie arbeiten: Je länger man die Besatzung der Westbank, der Golanhöhen und des Sinai aufrecht erhalte, desto eher werde sie zu einem *fait accompli*. Der *Jom-Kipur-Krieg* 1973 bewies das Gegenteil. Israel musste die Sinai-Halbinsel an Ägypten abgeben. Dies geschah im Rahmen eines umfangreichen Friedensabkommens, welches eine wichtige Basis für eine dauerhafte Lösung des Nahostkonflikts darstellt.

Im Lauf der 70er und 80er Jahre wollte Ariel Sharon in den besetzten palästinensischen Gebieten Tatsachen schaffen, um einen territorialen Kompromiss in absehbarer Zeit auszuschließen. Er nahm an, die arabische Welt werde mit der Entwicklung alternativer Energiequellen langfristig an wirtschaftlicher und politischer Macht verlieren, und deshalb sei es für Israel sinnvoll, die Verhandlungen mit

den Palästinensern über eine langfristige Lösung um zwei Generationen zu verschieben. Man müsse nur militärisch und wirtschaftlich durchhalten, bis der richtige Zeitpunkt für Verhandlungen gekommen sei.

Auch die Palästinenser und ihre Verbündeten in der arabischen Welt glauben, die Zeit arbeite für sie, denn die demografische Entwicklung verläuft zu ihren Gunsten. Das verheißt aus ihrer Sicht den Verschleiß des jüdischen Charakters Israels und lässt die Option für einen Staat mit einer palästinensischen Mehrheit vom Jordan bis zum Mittelmeer realistisch erscheinen.

Das Prinzip des Oslo-Abkommens von 1993 war es, zunächst eine Einigung in den damals verhandelbaren Punkten zu erzielen. Die Lösung der Kernprobleme des Konfliktes – der Status Jerusalems, die endgültigen Grenzen und die Flücht-

lingsfrage – sollten auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Den Kern dieser nur partiellen Lösung bildete die gegenseitige Anerkennung der PLO und Israels sowie die Gründung der PALESTINIAN AUTHORITY. Doch sowohl Sharon als auch die Palästinenser und die Architekten von Oslo irrten in ihrer Einschätzung des Faktors Zeit.

Sharon irrte, denn die Einnahmen aus dem Ölgeschäft bleiben auf absehbare Zeit die Haupteinnahmequelle der arabischen Welt, deren Wert sogar zugenommen hat. Vierzig Jahre sind seit der Besetzung der Palästinensergebiete vergangen, und der Widerstand ist seitdem nur gewachsen. Dies zeigte sich wiederholt bei der zweiten *Intifada* von 2000, welche die mutigen Schritte Arafats in Oslo unterminierte. Sie hat für die Palästinenser keinerlei Nutzen gebracht, und dennoch bewiesen, dass ein *fait accompli* der dauerhaften Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens durch israelische Siedlungspolitik ausgeschlossen ist. Dies veranlasste Sharon, den einseitigen Rückzug aus dem Gazastreifen einzuleiten. Dasselbe war für die Westbank geplant, dann jedoch wieder verschoben worden.

Und auch die Palästinenser irrten, denn sie hatten den bedeutenden Einfluss der Einwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion (1989-1994) nach Israel nicht berücksichtigt. Die Einwohnerzahl Israels ist auf knapp sieben Millionen gestiegen, darunter 20 % Nicht-Juden. In Zukunft werden weitere Einwanderungswellen erwartet. Das hat Israel das nötige

Selbstvertrauen verschafft, territoriale Kompromisse schließen zu können, ohne sich existenziell bedroht fühlen zu müssen. Außerdem lagen die Palästinenser falsch in der Annahme, die israelische Bevölkerung werde mit der Zeit eine Kompromisslösung ausschließen. Dies hat unter anderem zum Bau der Mauer geführt und wird noch weitreichendere Folgen haben. Der Zugang von Palästinensern zum israelischen Arbeitsmarkt ist weitgehend beschränkt. Möglichkeiten einer

wirtschaftlichen Kooperation – etwa dem EU-Modell entsprechend – sind unrealistisch. Den Preis dafür zahlt die palästinensische Zivilbevölkerung in den Flüchtlingslagern der autonomen Gebiete, im Libanon und in Jordanien.

Schließlich irrten auch die Architekten von Oslo. Es hatte verheerende Folgen für die Fortpflanzung des »positiven Momentums« von 1993, dass die Lösung der Kernprobleme hinausgeschoben wurde. Radikale auf beiden Seiten nutzten die Chance, ihre Kräfte zu sammeln, und setzten alle Mittel ein, um die Hoffnung auf eine friedliche Lösung im Nahen Osten zu zerschlagen. In der Folge forderten Selbstmordattentate und Anschläge unzählige zivile Opfer. Ein schneller Übergang von der Unterzeichnung der Verträge zu einer Dauerlösung hätte diese Entwicklung verhindern können. Abzuwarten bis die Zeit »reif« ist, zahlt sich im Nahen Osten nicht aus.

Neue Spieler sind auf den Plan getreten

Der Iran hat an Einfluss gewonnen, vor allem auf die *Hamas*. Die ging als Sieger aus den Parlamentswahlen von 2006 hervor und eröffnete Kräften von außerhalb die Möglichkeit zur Einflussnahme. Der Einmarsch der USA in den Irak im Jahr 2003 verschaffte George W. Bush eine zentrale Rolle in der Region, während das Ansehen Amerikas als fairer Vermittler in den Augen der Welt starken Schaden nahm. Die Herausforderung des islamischen Fundamentalismus an die gemäßigten Kräfte in der arabischen Welt motiviert weitere Länder dazu, eine aktive Rolle im Konflikt zu suchen. Dazu gehört unter anderem Saudi-Arabien, das mit einem ausgewogenen Plan seinen Teil beisteuern will.

Der israelisch-palästinensische Konflikt zeigt sich nunmehr geprägt von den amerikanischen Interessen in der Region: die Rolle des Irak und die Auswirkungen

eines möglichen Truppenabzugs, weiterhin die Besorgnis über eine Expansion iranischer Interessen über Syrien, Libanon und die *Hamas* hinaus. Die gemäßigten arabischen Länder hoffen weiterhin, durch eine Lösung des Konflikts die fundamentalistischen Spannungen auf eigenem Territorium entschärfen zu können. Die Situation ist durch die Lage im Irak, den zweiten Libanonkrieg und die Spaltung der palästinensischen Gebiete zwischen Gaza und Westbank – zwischen »*Hamas-Land*« und »*Fatah-Land*« – geprägt. Ein möglicher Abzug der Amerikaner aus dem Irak könnte entscheidende Folgen haben, vor allem, wenn das dadurch entstehende Vakuum von radikalen Kräften gefüllt würde. Eine Stärkung der *Hizbollah* im Libanon und eine mögliche Konfrontation oder ein Abkommen mit Syrien würden eine dauerhafte Lösung weiter verzögern.

Die palästinensische Einheitsregierung scheiterte wegen der blutigen Übernahme des Gaza-Streifens durch die *Hamas* schon nach wenigen Wochen. Als Folge der Vertreibung der *Fatah* aus Gaza bildete Mahmoud Abbas eine Übergangsregierung und ließ verlauten, die Regierung von Ismail Haniye (*Hamas*) habe ihre Legitimation verloren. Das eröffnete Israel, der EU und den USA die Möglichkeit, mit dem gemäßigten Mahmoud Abbas zu verhandeln und ihn gleichzeitig zu stärken. Zunächst ließ Israel eine bedeutende Anzahl von Gefangenen frei. Dann wurden die eingefrorenen Steuereinnahmen an die PALESTINIAN AUTHORITY freigegeben. Einschränkungen im Personenverkehr wurden gelockert und die Sicherheitskräfte der PLO ausgebildet und mit Waffen ausgestattet.

Dies sind jedoch nur kosmetische Maßnahmen. Ein bedeutender politischer Schritt mit konkreten Ergebnissen wäre erforderlich, damit Abbas die breite Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung erführe. Die Isolation der *Hamas*

im Gazastreifen wird bislang als amerikanisch-israelischer Versuch zur Spaltung palästinensischer nationaler Einheit gesehen. Die *Hamas* strebt die Gründung eines islamistischen Staates an, dessen politische Hegemonie konsolidiert werden soll. Das sollte jedoch die Möglichkeit zu einem beschränkten Dialog mit der *Hamas* über dringend anstehende Themen nicht von vornherein ausschließen. Eine Lösung ohne die Einbeziehung des Gaza-Streifens ist auch nach Annapolis kaum vorstellbar.

Eine Möglichkeit, die *Hamas* in den politischen Prozess mit einzubinden, wäre, zunächst einen Waffenstillstand zu erzielen. Dann müsste die *Hamas* beweisen, dass sie als homogene politische Bewegung imstande ist, militärische Disziplin zu wahren. Desweiteren könnte man einen Gefangenenaustausch realisieren, der sich auch psychologisch positiv auswirken würde.

Noch ist die Abhängigkeit der *Hamas* und des Gaza-Streifens vom Iran und anderen radikalen Kräften nicht sehr groß. Eingeschränkte Verhandlungen mit der Palästinenserführung in Gaza und gleichzeitige größere Schritte im Einvernehmen mit Mahmoud Abbas können sich positiv auf das Bestreben aller Beteiligten auswirken, eine dauerhafte Lösung zu finden. Eine völlige Isolierung des Gaza-Streifens hingegen würde radikalen Kräften zuspielen.

Ein notwendiges *Memorandum of Understanding* müsste folgende Parameter beinhalten:

Erstens: Den Palästinensern muss freier Verkehr über die Grenzen hinweg gewährt werden. Auch ein Landtausch wäre vorstellbar, um den Großteil der Siedler unter israelischer Kontrolle zu halten. In diesem Fall wäre eine territoriale Verbindung (Korridor oder Tunnel) zwischen Westbank und Gaza-Streifen zwingend notwendig.

Zweitens: Alle Beteiligten, auch die *Hamas*, müssen sich dazu verpflichten,

jegliche Gewaltanwendung aus dem eigenen Territorium heraus zu unterbinden, also auch militante Gruppen systematisch zu bekämpfen.

Drittens: Teile von Ost-Jerusalem, die zum Großteil von Palästinensern bewohnt werden, sollen an die PALESTINIAN AUTHORITY abgetreten werden. Die heiligen Stätten sollen nicht von den Staaten, sondern von den religiösen Strömungen kontrolliert werden.

Viertens: Das Recht auf Rückkehr in den zukünftigen palästinensischen Staat soll gewährt werden. Einer beschränkten Anzahl von Palästinensern soll aus humanitären und symbolischen Gründen erlaubt werden, sich in Israel niederzulassen. Außerdem muss ein Kompensationsmechanismus entwickelt werden, der für verlorenen Besitz und humanitäres Leid entschädigt. Israel soll sich gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft an einem überregionalen Fond beteiligen.

All diese Punkte wurden seit Oslo oft behandelt, unter anderem bei den gescheiterten Gesprächen von *Camp David* im Jahr 2000. Auch die Taba-Verhandlungen von 2001 und die darauf folgende Genfer Initiative gelangten zu einer ähnlichen Agenda. Sogar Sharon erkannte in den letzten Monaten seiner Amtszeit und noch vor dem tragischen Verlauf seiner Erkrankung, dass die eigentliche Lösung im territorialen Kompromiss zu suchen ist. Über diese Ansätze besteht Konsens in der Öffentlichkeit auf beiden Seiten. In der Zwischenzeit aber wird eine Chance nach der anderen verspielt. Der Nahe Osten braucht eine Führung, die den Mut zu Entscheidungen aufbringt und die nicht auf den Faktor Zeit setzt.



Roby Nathanson (*1954)
ist Leiter des MACRO Center For
Political Economics in Tel Aviv.
robby@iiesr.org.il